

Bezirksamtsvorlage Nr. **1062/2020**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem 10.03.2020

1. Gegenstand der Vorlage:

**Erreichbarkeit der Beratungsstelle für behinderte, krebserkrankte und sehbehinderte Menschen (2244 / V)**

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme -:  
betrifft:

**Erreichbarkeit der Beratungsstelle für behinderte, krebserkrankte und sehbehinderte Menschen (2244 / V)**

als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Schule, Sport und Facility Management beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksamt Mitte von Berlin  
Schule, Sport und Facility Management  
SE Facility Management

Datum: 10.03.2020  
Tel.: 33900

Bezirksverordnetenversammlung  
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 2244 / V

---

**Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Erreichbarkeit der Beratungsstelle für behinderte, krebserkrankte und sehbehinderte Menschen**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in Ihrer Sitzung am 19.12.2019 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2244/V):

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit bittet das Bezirksamt, die Erreichbarkeit der Beratungsstelle für behinderte, krebserkrankte und sehbehinderte Menschen schnellstmöglich per Telefon und Internet sicherzustellen.

Das Bezirksamt hat am 10.03.2020 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Derzeit ist beides gegeben. Die Mitarbeitenden mit derzeitigem Sitz in der Turmstraße 21 (ein angemietetes Gebäude der BIM) sind über ihre „alten“, öffentlich bekannten Telefonnummern (aus der Zeit des HdG, Reinickendorfer Str. 60b) telefonisch erreichbar.

Sie haben darüber hinaus am PC Zugriff auf das Verwaltungsnetz – und darüber sowohl Zugriff auf Fachverfahren, Office, E-Mail und Internet. Die technische Umsetzung muss derzeit noch als provisorisch bezeichnet werden, da eine hausinterne Datenversorgung zwar geplant, jedoch noch nicht realisiert werden konnte. Bisher wird die Telefonie und die PC-Anbindung über Drahtlostechnologie realisiert (Mobilfunk, LTE). Je nach Auslastung der Netze kann es zu Verlangsamungen bzw. auch Abbrüchen kommen – worüber die Nutzer/innen auch häufig klagen.

Geplant ist die Einrichtung eines (bzw. später mehrerer) Technikräume in dem Gebäude, von denen aus die Büros daten- und telefontechnisch versorgt werden. Die Anbindung des Gebäudes an das Berliner Landesnetz ist bereits realisiert. Hinsichtlich der weiteren Schritte gab es Verzögerungen wegen der noch ausstehenden Zustimmung des Abgeordnetenhauses zur Anmietung der Flächen, was wiederum endgültige Belegungsplanungen erschwerte und Eingriffe in die Bausubstanz verhinderte. Die Vorbereitung und Einbringung der Vorlage an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses liegt in der Verantwortung der BIM. Ausgehend von einer Zustimmung wird derzeit die Machbarkeit einer Technikausstattung geprüft, die so angelegt ist, dass sie die später noch durchzuführende Teilkernung und Grundsanierung ohne größere Betriebseinschränkungen übersteht, da das Gebäude zu dieser Zeit teilbelegt sein wird.

A) Rechtsgrundlage

keine

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Derzeit noch nicht bezifferbar

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Berlin, den 10.03.2020

Bezirksbürgermeister von Dassel

Bezirksstadtrat Spallek